

BESCHLÜSSE
**des 25. Ordtt. Landesparteitages
der FDP Mecklenburg-Vorpommern
am 11. und 12. April 2015 in Wismar**

Beschlussverzeichnis:

Beschluss der Leitanträge:

-Freiheit. Selbstbestimmung. Engagement. Courage. Optimismus. Traut Euch was in M-V! Seid frei, mutig und innovativ! Wir sind dabei!	2-3
-Für ein innovatives, dynamisches, wirtschaftsfreundliches, weltoffenes und lebenswertes Mecklenburg-Vorpommern	3-7
<hr/>	
-Bildungschancen durch Freiheit von Studierenden und Hochschulen	7-10
-Für ein selbstbestimmtes Leben und ein modernes Familienbild	10-11
-Nachhaltige Finanzierung des Landeshaushaltes	11
-PKW-Maut stoppen und KFZ-Steuer reformieren	11
-Auslaufen des Solidarpaktes – Finanzkraft durch Autonomie und Eigenverantwortung stärken	12-13
-Abgaben- und Steuervereinfachung sowie Bürokratieabbau	13-14
-Konzept gegen Steuerverschwendung und für Transparenz	14-15
-Realistische Energiepolitik statt Illusion „Windscheichtum MV“	15-16
-Satzungsreform der FDP Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Gestaltung und Durchführung von Landesparteitagen und Landesvertreterversammlungen	17-18

**Freiheit. Selbstbestimmung. Engagement. Courage. Optimismus.
Traut Euch was in M-V! Seid frei, mutig und innovativ! Wir sind dabei!**

Ein freiheitlicher Geist ist die Quelle von Innovation, Wachstum, Bildung und Beschäftigung. Wir Freien Demokraten wollen mehr von dieser Geisteshaltung. Wir wollen mehr Wertschätzung für all die Menschen, die sich etwas trauen. Menschen, die durch eigenes Engagement vorankommen wollen. Menschen, die nicht nur sich, sondern auch ihre Umwelt motivieren und inspirieren. Menschen, denen es darauf ankommt etwas zu schaffen. Auch wenn damit nicht immer ein wirtschaftlicher Erfolg einhergeht. Denn erst das eigenverantwortliche Handeln eröffnet die Chance, das Leben frei zu gestalten. Wir Freien Demokraten wollen, dass die Menschen in unserem Land mutig und optimistisch sind.

Viele in unserem Bundesland sind unternehmerisch tätig. Sei es als Mitglied im Verein, als Einzelkämpfer oder als Geschäftsführer. Sie starten meist mit wenig Geld, aber mit vielen Ideen und noch mehr Mut. Viele haben Erfolg. Manche scheitern und starten neu. Dieser Gründergeist ist die treibende Kraft in Mecklenburg-Vorpommern. Das Unternehmertum ist das ökonomische und soziokulturelle Rückgrat unseres Landes. Freiheitliches Engagement zwischen Ostsee und Müritz, zwischen Oder und Elbe schafft nicht nur materielle Werte. Wer etwas unternimmt, der vitalisiert auch die Gemeinschaft. Der unternehmende Mensch schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze, spendet für den Sport- und Kulturverein, hält die örtliche Infrastruktur in Gang, befördert die regionale Identität durch Wertschöpfung und Dienstleistungen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern beweisen mehr freiheitlichen Geist als ihnen derzeit zugetraut wird. Wir müssen unser Land dazu ermutigen, die Schaffens- und Wissenskraft seiner Einwohner freier zu entfalten. Wir brauchen ein viel attraktiveres Umfeld für Gründung, Investition, Innovation und Kreativität. Wirtschaftsförderung verstehen wir nicht als eine Förderpolitik, die allein auf Wachstum, sondern auch auf Vernetzung, Bildung und Nachhaltigkeit setzt. Grundvoraussetzung sind freier Wettbewerb und faire Spielregeln.

Wir Freien Demokraten stehen deshalb für ein alle gesellschaftlichen Bereiche inne wohnendes Umdenken zur Förderung des freiheitlichen und unternehmerischen Geistes. Wir treten ein:

- für mehr Mut und Vertrauen in Investition in Mecklenburg-Vorpommern
- für verlässliche Rahmenbedingungen, die ein freies Unternehmertum ermöglichen
- für eine offene Gesellschaft, die ein Vorankommen durch eigene Leistung unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft ermöglicht
- für eine altersunabhängige Bildung, die zu einem selbstbestimmten und freiheitlichen Leben befähigt und das Verständnis für eigenverantwortliches und unternehmerisches Handeln weckt
- für eine Würdigung von Engagement, Risikobereitschaft und die Übernahme von Verantwortung in allen Lebensbereichen
- für eine Entlastung der Menschen und Unternehmen von einer wachsenden Bürokratie, um Raum für eine freie Entfaltung zu schaffen

- für eine freie wirtschaftliche Tätigkeit, die Wettbewerbsnachteile durch die öffentliche Hand nicht befürchten muss
- für eine kompetente Dienstleistungskultur der öffentlichen Verwaltung für die Bürger und Unternehmen
- für eine bedarfsgerechte Infrastruktur, die insbesondere die Kommunikation und den Verkehr in unserem Bundesland optimiert

Für ein innovatives, dynamisches, wirtschaftsfreundliches, weltoffenes und lebenswertes Mecklenburg-Vorpommern

Unser Land wird von vielen als Urlaubsziel und als möglicher Altersruhesitz wahrgenommen. Der Strandkorb in der Landeswerbung und der Slogan „MV tut gut“ symbolisieren dieses Image. Gleichzeitig hat MV in Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern weniger wirtschaftliche Freiheit und Dynamik. Wir Freien Demokraten in MV haben ein anderes, ein weitergehendes Leitbild für unsere Heimat. Wir möchten, dass MV ein innovatives und dynamisches Land wird, in dem es sich gut leben und wirtschaften lässt. Ein Land, das für Unternehmen, Fachkräfte und deren Familien sowie Gäste aus dem In- und Ausland attraktiv ist. Ein Land, das jungen und alten Menschen, bestehenden und neu angesiedelten Unternehmen ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten bietet, das landschaftlich reizvoll, kulturell interessant und weltoffen ist. Ein solches Mecklenburg-Vorpommern wird sich keine Sorgen um seine Zukunft und seine Rolle im Wettbewerb der europäischen Standorte machen müssen. Es gibt gute Grundlagen: unzerstörte Landschaften, gute Universitäten, innovative Unternehmen, Forschungsinstitute und Forschungcluster, zuverlässige und fleißige Mitarbeiter, die Lage als Tor nach Skandinavien und die Bindungen innerhalb des Ostseeraums, hochwertige Lebensmittelprodukte und vieles mehr.

Wir wissen: immer mehr Menschen und Unternehmen im Lande möchten ihre Zukunft selbst gestalten und sich nicht auf „Betreuung“ durch den Staat und Behörden verlassen.

Dazu wollen wir die Freiheit schaffen und einiges in MV verändern:

Wir wollen MV zum Land mit den besten Bildungschancen machen

- Das Lernen beginnt vor der Schulzeit und fällt dann besonders leicht. Kindertagesstätten (Kitas) sollen ein kostenloses Angebot, aber kein Zwang sein. Sie müssen qualifizierte Leiter und mehr Betreuer haben und frei von bevormundenden Zwängen wie der Pflicht zur Essensabnahme sein. Kitas und Kindertagespflege sollen in MV gleichgestellt sein.
- Die Schulen in MV müssen mehr Eigenverantwortung bekommen, um mit dem Wissen und den Ideen der Lehrer vor Ort zu wirtschaften und das beste Angebot zusammenzustellen. Staatliche und private Träger aber auch die Schulformen müssen im Wettbewerb um die besten Resultate gleichberechtigt sein. Die Schulen müssen gleiche Zuweisungen pro Kopf und ausreichende Mittel für Lehrkräfte und Sonderpädagogen erhalten, um allen Kindern gleiche Startchancen geben zu können, Stundenausfälle zu vermeiden und auch die Herausforderungen der Inklusion umsetzen zu können, ohne dass letztlich alle Kinder dabei zu kurz kommen.

- Das duale System aus betrieblichem Lernen und Berufsschulen ist ein Vorteil, um den uns andere europäische Länder beneiden. Berufsschulen müssen zukunftsfähig, fachlich-technisch und personell so aufgestellt sein, dass die Azubis in den Landesfachklassen das Lehr- und Ausbildungsziel erreichen können. Betriebliche Ausbildung darf nicht durch betriebsunabhängige Ausbildungszentren ersetzt werden.
- Die Hochschulen in MV sind ein Wirtschaftsfaktor. Wir Freien Demokraten wollen sie nicht nur entsprechend der Bevölkerungsentwicklung in MV ausstatten, sondern ihnen mehr Verantwortung und eine verlässliche und zukunftsfähige Finanzierung geben, um sie attraktiv für Studenten aus allen Ländern zu machen. Leichter können künftige Fachkräfte nicht ins Land geholt werden. Bei der Finanzierung dürfen auch Studiengebühren kein Tabu sein, soziale Härten können dabei auf anderen Wegen vermieden werden. Die Hochschulen sollen im Rahmen des lebenslangen Lernens auch möglichst offen für Quereinsteiger ohne Abitur sein.
- All das kostet viel Geld! Geld, das aber eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes ist. Wir Freien Demokraten fordern daher Bildungsausgaben im Landeshaushalt unbedingte Priorität einzuräumen. Eine gute Bildungspolitik ist der erste Schritt auf dem Weg zu steigenden Steuereinnahmen durch eine florierende Wirtschaft.

Wir wollen in MV mehr Freiraum für das Wirtschaften schaffen

- Wir Freien Demokraten wollen mehr Menschen MV ermutigen, etwas zu unternehmen und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Ob sie das als Selbstständige, Angestellte, Unternehmer oder gar im Ehrenamt tun: alle brauchen mehr Freiraum für eigene Ideen und eigenes Handeln und weniger Einmischung eines vorgeblich fürsorglichen Staates.
- Erfolg bei der Verwirklichung der eigenen Ideen sollte Vorbild und kein Grund für Neid sein. Daher fordert die FDP auch, das Thema Selbstständigkeit und Unternehmen in MV in den Lehrplan des Fachs Wirtschaft ab Sekundarstufe I aufzunehmen und praxisnahe schulische und außerschulische Bildungsprojekte zur Verbesserung des Verständnisses für die Funktion der Unternehmen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- Wir Freien Demokraten wollen eine starke und selbstbewusste mittelständische Wirtschaft in MV. Denn vor allem das verantwortliche Handeln inhabergeführter Betriebe ist ein Anker der Stabilität, wenn die Wirtschaft einmal nicht brummt. Das gibt mehr Menschen die Freiheit, ihr Leben durch eigenes Einkommen frei zu gestalten und durch eigene Leistung voranzukommen.
- Die FDP will für Wirtschaft in MV keine staatlich verordneten und geförderten Monokulturen, sondern eine Wirtschaft, die einem gesundem Mischwald gleicht. Jede nachhaltige Geschäftsidee hat ihre Berechtigung und ist Teil der wirtschaftlichen Freiheit. Der Staat soll keine Branchen bevorzugen und andere links liegen lassen. Auch soll er sich weitestgehend aus Angelegenheiten der Unternehmen heraushalten, gerade bei Schwierigkeiten. Das Handeln der Landesregierung in der P+S Wertenkrisse hat wieder einmal gezeigt, dass der Staat kein Ersatz für engagierte Unternehmer mit einem soliden Geschäftsmodell sein kann. Die FDP wendet sich ausdrücklich gegen Unternehmenssubventionen, die nicht als Anschubfinanzierung für Innovationen dienen.

- Die FDP wendet sich gegen die zunehmende wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand in MV. Die Konsolidierung öffentlicher Haushalte muss allein von der Ausgabenseite her erfolgen. Schattenhaushalte durch wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand sind intransparent, ineffizient und immer mit Risiken für den Steuerzahler verbunden. Sie nehmen anderen Unternehmen durch Interessenvermischung und unfairen Wettbewerb wirtschaftliche Freiheit.
- Freiheit wird auch durch Vorschriften und Bürokratie genommen. Die neuen Vorschriften im Rahmen des Mindestlohns und der Arbeitsstättenverordnung, aber auch die starren Ladenöffnungszeiten sind nur einige Beispiele für Hemmnisse, die sich Politiker, die meist noch nie Verantwortung in einem Unternehmen getragen haben, in bester Absicht ausdenken können. Wir Freien Demokraten wollen MV zum unbürokratischen Musterland und Vorreiter für wirtschaftliche Freiheit machen.
- Wir Freien Demokraten schlagen vor, den Sachverstand und das Erfahrungspotential der vielen Unternehmer, die heute ehrenamtlich für verschiedene Institutionen im Land arbeiten (z.B. als Wirtschaftsbotschafter oder Gründer-Mentoren), in einem „Wirtschaftsbeirat“ für die Landesregierung zu bündeln, um in allen Lagen wirtschaftlich vernünftige Lösungen für unser Land zu finden.

Wir wollen Forschung besser als Motor für Wirtschaftsentwicklung nutzen

- Hochschulen und Institute, die Forschung betreiben, sind Wachstumskerne: sie bieten Innovations-Unterstützung für die Wirtschaft, sie bringen Ausgründungen hervor, sie ziehen Fachleute und ihre Familien ins Land. Wir Freien Demokraten wollen daher Forschung + Entwicklung aus MV auch über den direkten Bedarf der heimischen Wirtschaft hinaus noch stärker als begehrten Exportartikel etablieren und dabei den besten Köpfen eine attraktive Heimat in MV geben.
- Junge Unternehmen müssen es in MV einfacher haben. Das gilt besonders für Ausgründungen aus Forschungsinstituten. Administrative Hürden müssen verschwinden, zum Beispiel durch ein bürokratiefreies erstes Jahr für Existenzgründer. Zu Beginn der Gründungsphase muss die Anmeldung des Gewerbescheines ausreichen.
- Wir Freien Demokraten wollen mehr Gründerkultur in MV erreichen. Mutige Menschen, die für ihre Ideen brennen, müssen unterstützt und nicht gebremst werden. Das eröffnet Chancen – von der Verwirklichung der eigenen Ziele bis hin zu zukunftssicheren Arbeitsplätzen für andere.
- Wenn die öffentliche Hand Forschung aus Steuermitteln bezuschusst, muss dies effizient und ideologiefrei erfolgen. Die in MV als bürokratisch und politisch gesteuert verrufene Landesförderung von Forschung und Entwicklung muss entrümpelt und auf die Bedürfnisse junger Unternehmen ausgerichtet werden.

Wir wollen MV zum Modell für das „Flächenland der Zukunft“ machen

- MV ist ein großes, teilweise dünn besiedeltes Flächenland mit abnehmender Bevölkerung. Das ist eine große Herausforderung für Verwaltung und demokratische Gremien. Wir Freien Demokraten wollen MV zu einem Modell für effiziente und bürgernahe Verwaltung in der Fläche machen und dabei auch neue Wege gehen.
- Die Kreisgebietsreform, so wie sie jetzt in MV angelegt ist, zwingt die Menschen zu weiten Wegen, wenn sie mit der Verwaltung in Kontakt treten müssen oder sich als Abgeordnete bzw. sachkundige Bürger in einem Kreistag oder dessen Aus-

schuss engagieren wollen. Wir Freien Demokraten sehen die zukünftige Verwaltung anders: Alle Bürger sollten kompetente Mitarbeiter, die alle Vorgänge aufnehmen und beraten können, im Nachbarschaftsbereich ihrer Kommune erreichen können. Die lokalen Ansprechpartner werden in Spezialfragen (z.B. Bau- und Umweltrecht) direkt von entsprechend aufgestellten Teams der Landesbehörden unterstützt. Darüber hinaus sollen nach den Vorstellungen der FDP die Möglichkeiten für e-Government in MV aktiv entwickelt und genutzt werden. Dies alles setzt voraus, dass sich die Kommunen zu leistungsfähigen Größeneinheiten bzw. Verbänden zusammenschließen. Mit einer solchen Stärkung der Kommunen könnte dann eine bürgernahe Verwaltung erreicht und ernsthaft über eine Einsparung der Kreisebene nachgedacht werden.

- Die FDP fordert, den Ausbau der Breitband-Infrastruktur in unserem Flächenland endlich entscheidend zu forcieren, dafür technologie-neutral Anreize zu setzen und alle Möglichkeiten des Marktes zu nutzen. Nur wo der Markt versagt sollte sich die öffentliche Hand einschalten.
- Güter und Menschen können nicht über das Internet transportiert werden. Daher brauchen wir eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für Menschen und Wirtschaft. Dazu gehören gute Hinterland-Anbindungen für unsere Häfen ebenso wie Verbesserungen im ÖPNV (vor allem in Ost – West – Richtung) oder die Anbindung Usedom / Swinemünde. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, entsprechende Verkehrs-Projekte in MV auf Vorrat zu planen, damit Gelegenheiten zum Bezug von Restmitteln aus dem Bundesverkehrswegeplan ggf. auch genutzt werden können, wie es uns andere Länder vormachen.
- MV liegt zwischen starken Regionen, die auch Chancen für unser Land bieten. Wir Freien Demokraten wollen neben der Metropolregion Hamburg auch die Möglichkeiten der gemeinsamen Euroregion mit Polen aktiver nutzen.

Wir wollen eine realistische Energiepolitik für MV statt Windscheitum-Illusionen

- Das aktuelle Energiekonzept der Landesregierung ignoriert die Physik und beruht auf unrealistischen Annahmen. Es blendet die Frage aus, wer den stoßweise und unzuverlässig anfallenden Wind- und Solar-Strom aus MV eigentlich kaufen soll. Mittelfristig werden der Einspeisevorrang für regenerative Energien und EEG-Subventionen nicht mehr bezahlbar sein, an der Strombörse und im Süden wartet niemand auf die „Windstromböen“ aus MV. Die FDP fordert daher, dass dieses illusionäre Konzept, das auch zu erheblichem Unfrieden im Lande führt, schnell aufgegeben wird, zumal damit auch keine weltweit spürbare CO₂ Emissionsminderung verbunden ist.
- Die Entwicklung der Windkraftbranche in MV ist auch für die FDP wichtig. Das darf aber keine Rechtfertigung dafür sein, unser Land gegen die Interessen vieler Bürger und Unternehmen der Tourismuswirtschaft faktisch zu einem großen Wind- und Solarenergiepark zu machen. Viele Unternehmen haben bereits jetzt eine hohe Exportquote, daher muss nicht jedes in MV gebaute Windrad auch innerhalb der Landesgrenzen aufgestellt werden. Das Wecken von Geschäftserwartungen, die der Staat nicht einlösen kann, ist fahrlässig und für die Branche, insbesondere die kleineren Unternehmen und Dienstleister, kontraproduktiv.
- Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass jeder Stromlieferant in einem freien Strommarkt sein Angebot auch bei Flaute und Dunkelheit garantieren muss. Die Versorgung von MV soll technologie-neutral so erfolgen, dass der Strom

zuverlässig, preiswert und umweltfreundlich geliefert wird. In MV dürfte heute kein neues Windrad mehr gebaut werden, das keine Speichermöglichkeit oder Reservekapazität nachweisen kann.

Wir wollen ein lebenswertes MV mit vielfältigem kulturellem Angebot

- MV soll nach Vorstellung der Freien Demokraten eine attraktive und lebenswerte Heimat für Unternehmen, für deren Fachkräfte mit ihren Familien und für Gäste aus dem In- und Ausland sein. Dazu gehört auch eine lebendige Kulturszene, die verschiedenste Interessen bedient. Eine solche Kulturszene kann nicht vom Staat verordnet und am Leben gehalten werden, sie muss auf dem Engagement der gesamten Gesellschaft basieren. Private Mäzene und Sponsoren sind dabei wichtige Stützen und verdienen dafür Anerkennung und nicht Misstrauen.
- Das unwürdige und kleinkarierte Feilschen um die Theater muss aufhören. Genauso wenig wie Theater, Oper, Ballett und Orchester überwiegend am staatlichen Tropf hängen dürfen, kann man sie ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien behandeln. Wir Freien Demokraten schlagen vernünftige Kooperationen einschließlich der Schaffung von Kulturräumen vor. Darunter verstehen wir Gebiete, in denen sich auch Gemeinden an der Finanzierung beteiligen, die kein Theater oder Orchester haben, deren Einwohner aber eine solche nahegelegene Einrichtung nutzen.
- Wir Freien Demokraten stehen für freie Entfaltung der Kreativen im Lande und befürworten Anschubförderungen von Projekten der freien Kulturszene. Damit kann jungen Künstlern die Gelegenheit gegeben werden, ein größeres Publikum von ihrem Können zu überzeugen und damit einen Start in die Selbstständigkeit zu erreichen. Das setzt nicht automatisch staatliche Zuschüsse voraus, intelligente Sponsoring oder Stiftungs-Lösungen ziehen wir vor.

Die Freien Demokraten in MV setzen auf den Verstand und die Initiative der Menschen, die ihr Leben selbst gestalten wollen, die Verantwortung für ihre Nachbarn und Mitarbeiter übernehmen und die sich nicht vom Staat gängeln und betreuen lassen wollen. Für diese Menschen wollen wir mehr Freiheit in MV schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Freiräume das beste Konjunktur- und Standortsicherungsprogramm für MV sein werden.

Bildungschancen durch Freiheit von Studierenden und Hochschulen

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern fordert eine umfassende Reformen der Hochschulen im Land, um allen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Besonders der demografische Wandel und eine sich stark verändernde Ausbildungswelt machen Reformen unabdingbar.

Nachbesserungen im Bachelor-Master-System

Wir akzeptieren die Bachelor-Master-Reform. Bestehende Probleme sollten innerhalb der Reform schrittweise angegangen werden. An dieser Stelle sehen wir vor allem die Universitäten gefordert, da sie die Verantwortung für die konkrete Ausgestaltung der Studiengänge tragen. Dahingehend begrüßen wir die Veränderungen vieler Studiengänge im Land Mecklenburg-Vorpommern. Wir fordern daher die Universitäten auf, ihren bereits eingeschlagenen Weg zur Reduzierung der Verschulung weiterzugehen.

Im Zuge dieser Verbesserungen fordern wir die Einführung von Teilzeitstudiengängen. Diese sollen den Studenten ein möglichst flexibles Studium ermöglichen und dadurch ebenfalls den Zugang zu den Studiengängen selber erleichtern.

Da der Einfluss der Politik auf die Studiengänge in unserem Land noch sehr groß ist, fordern wir vom Bildungsministerium den Studierenden pauschal drei verschiedene Teilzeitmodelle in demselben Studiengang anzubieten. Sie sollen dabei zwischen dem normalen 30 CP Studium, sowie einem 18 CP und einem 12 CP Studium pro Semester wählen können. Die Regelstudienzeit verlängert sich dabei entsprechend und wird im Zweifelsfall aufgerundet. Studenten soll es dabei ohne Angabe von Gründen möglich sein zwischen den Studienzeiten zu wechseln. Das Bafög soll dabei ebenfalls, außer für Härtefälle, entsprechend angepasst werden.

Zur Reduzierung der Abbrecherquoten wird die Landesregierung aufgefordert, den Hochschulen die Einrichtung eines Vorstudiums zu ermöglichen.

Finanzierung reformieren

Die Einführung von *sofort zu zahlenden* Studiengebühren lehnen wir als Benachteiligung sozial Schwächerer ab. Um weitere finanzielle Lücken zu decken, muss den Hochschulen gestattet werden, *nachgelagerte* Studiengebühren nach freiem Ermessen zu erheben. Diese sind frühestens fünf Jahre nach dem letzten *erfolgreichen* Abschluss zurückzuzahlen, sofern die finanzielle Situation des Absolventen dies erlaubt. Jegliche Benachteiligung von Nicht-Landeskindern – sei es finanziell oder auf anderem Wege – lehnen wir strikt ab.

Das durch Übernahme der Bafög-Kosten durch den Bund eingesparte Geld muss vollständig im Bereich der Hochschulbildung verbleiben.

Hochschulautonomie stärken

Als Freie Demokraten befürworten wir ein hohes Maß an Autonomie für die Hochschulen. So ist es erforderlich, dass die Hochschulen eigenverantwortlich über Studiengänge und ihre Inhalte entscheiden. Auch Zivilklauseln beschneiden die Entscheidungsfreiheit der Hochschulen, gefährden unsere äußere Sicherheit und werden daher von uns abgelehnt. Lediglich bei Studiengängen zur Erfüllung von Staatsaufgaben, z.B. im Bildungswesen, darf die Politik direkten Einfluss auf Struktur und Inhalte des Studiums nehmen. Politisch motivierte Bevorzugung einzelner Hochschulen kritisieren wir scharf. Um die Freiheit der Hochschulen zu gewährleisten fordern wir konkret:

1. Ausgestaltung der Universitäten als reine Selbstverwaltungskörperschaften
2. externe Besetzung der obersten Verwaltungsgremien der Universität durch den Senat, damit einhergehend die Freistellungspflicht für Mitarbeiter und Professoren
3. die Dienstherrenfähigkeit der Universität, um u.a. die Weisungsbefugnis vom Land an die Universität abzutreten
4. mehr fachliche Autonomie und Entscheidungsbefugnis über die Ausrichtung der Universität

Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Universität ist ein Ausbau der Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau unabdingbar. Besonders innovative Konzepte - wie das des „Lecturers“ - helfen den Hochschulen und müssen im Rahmen der ihnen gewährten Freiheit umsetzbar sein.

Neue Wege im Ausbildungssystem schaffen

Prinzipiell setzen wir uns für die Einführung eines neuen Weges zwischen Ausbildung und Studium ein. Durch das sehr flexible Modell von Teilzeitstudiengängen möchten wir den Auszubildenden/Studierenden eine Kombination von Studium und Berufsausbildung ermöglichen, die in ihrer Flexibilität weit über das bisherige Nischenprodukt des praxisintegrierten dualen Studiums hinausgeht. Dabei soll es keine Qualitätseinbußen auf beiden Gebieten geben, sondern eine gegenseitige Anerkennung erbrachter Leistungen. Arbeitszeiten im Betrieb können dabei Studienpraktika ersetzen, während die Hochschule die theoretische Ausbildung gewährleistet, sofern dies möglich ist. Dies führt bei maximaler Flexibilität der Studierenden zu einem aus-

bildungsintegrierten dualen Studium. Auch nicht bestandene universitäre Prüfungsleistungen sollen dabei gegebenenfalls dem theoretische Teil der Ausbildung genügen. Näheres müssen konkrete Absprachen mit den Hochschulen regeln. Damit ist sichergestellt, dass auch bei einem gescheiterten oder abgebrochenem Studium die Ausbildung beendet werden kann.

Das System von Teilzeitstudium und gleichzeitiger Anerkennung der Leistungen soll den Studierenden ein Höchstmaß an Flexibilität sowohl bei ihrer Berufsausbildung, als auch bei ihrer Lebensgestaltung ermöglichen.

Gleichzeitig wird das Studium breiteren Gesellschaftsschichten eröffnet und dadurch die Chancengleichheit erhöht. Nicht zuletzt begegnen wir mit diesen liberalen Regelungen der Angst vieler Studierenden, im Falle des formalen Scheiterns im Studium ohne jeglichen Erfolg dazustehen.

Wir wünschen uns dabei nicht, duale Ausbildung und Studium gegeneinander auszuspielen. Vielmehr sehen wir das ausbildungsintegrierte duale Studium als Symbiose mit beiderseitigem Vorteil.

Für ein selbstbestimmtes Leben und ein modernes Familienbild

Wir Freien Demokraten stehen für ein selbstbestimmtes Leben und ein modernes Familienbild. Wir unterstützen die Bereitschaft der gegenseitigen Verantwortungübernahme unabhängig von Alter, Geschlecht und Verwandtschaftsgrad. Jeder muss für sich selbst entscheiden können, wie, wo und mit wem er leben möchte. Insbesondere die Verantwortung für die eigene Gesundheit trägt kein Dritter.

Wir Freien Demokraten wollen, dass kein Amt, keine Krankenkasse und erst recht nicht die Politik diese höchst individuelle Verpflichtung vorweg nimmt. Im Gesundheitsland Nr. 1 werden aber viele Menschen von staatlichen Institutionen in ihrer Entscheidungs- und Wahlfreiheit beschnitten. Art und Ort der medizinischen Behandlung und pflegerischen Fürsorge steuert ein Konvolut unterschiedlichster Rechtsträger. Nicht die Entscheidung des Arztes, sondern die der Krankenkasse oder des Sozialamtes ist oftmals maßgebend für die Art und Weise der Gesundung.

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass jeder in Mecklenburg-Vorpommern die freie Wahl seines Arztes oder Gesundheitsdienstleister in Anspruch nehmen kann. Viele Menschen sind sich dieser Selbstverständlichkeit nicht bewusst und werden von den staatlichen Institutionen kaum in der Wahrnehmung ihrer Wahlfreiheit bestärkt.

Wir sprechen uns zugleich für eine Stärkung der ärztlichen Kompetenz aus. Nur der Arzt, Patient kann entscheiden, welche medizinische und pflegerische Behandlung für seine Patienten am besten geeignet ist.

Wir Freien Demokraten fordern eine Stärkung des Rechtsschutzes der Bürgerinnen und Bürgern, die sich gegen die Entscheidungen von Kostenträgern zur Wehr setzen müssen. Die besondere Dramatik der demographischen Entwicklung befördert gerade in unserem Bundesland die wachsende Inanspruchnahme von Gesundheits- und Sozialdienstleistungen. Immer mehr ältere und kranke Menschen brauchen schnelle und verbindliche Entscheidungen der öffentlich-rechtlichen Sozialversicherungsträger.

Nachhaltige Finanzierung des Landeshaushaltes

Zur generationengerechten und vorausschauenden Finanzierung des Landeshaushaltes fordert die FDP Mecklenburg-Vorpommern die Verankerung einer Nachhaltigkeitsformel in der Finanzverfassung des Landes.

Danach dürfen konjunkturelle Mehreinnahmen künftig nur noch zum überwiegenden Teil zum Abbau von Schulden, zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und zum Ausbau und zur Sicherung des Bildungs- und Forschungsstandortes Mecklenburg-Vorpommern verwendet werden.

Zwingend erforderliche Mehrausgaben sollen künftig konsequent primär aus Einsparungen gegenfinanziert werden.

Das Gebot der Haushaltswahrheit und -klarheit erfordert für uns Freie Demokraten eine transparente Darstellung aller Risiken für das Land Mecklenburg-Vorpommern aus Haftungen, aus Bürgschaften und aus Beteiligungen im Landeshaushalt.

PKW-Maut stoppen und KFZ-Steuer reformieren

Die FDP Mecklenburg Vorpommern fordert einen sofortigen Stopp der Mautpläne.

Die Einführung einer PKW-Maut mit einem anschließenden Anrechnungsverfahren auf die KFZ-Steuer ist ein verzichtbares und unüberschaubares Bürokratie-Monstrum, welches durch eine einfache Lösung zu ersetzen ist.

Wir Freien Demokraten warnen vor einer Anhäufung von Mautdaten, die das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger gefährdet.

Wir Freien Demokraten setzen uns ein für eine verbrauchsorientierte und zweckgebundene Abgabe zur Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur, die sowohl die Maut als auch die KFZ-Steuer aufkommensneutral aber unbürokratisch ersetzt.

Für beruflich bedingte Mehrbelastungen sind die entsprechenden steuerlichen Freibeträge anzupassen, um Pendler nicht zusätzlich zu belasten.

Auslaufen des Solidarpaktes – Finanzkraft durch Autonomie und Eigenverantwortung stärken

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für ein Bund/Länder-Finanzsystem ein, welches den Ländern eine stabile Steuerkraft ermöglicht.

Wir wollen ein föderales Finanzsystem, das an der regionalen Wertschöpfung anknüpft und Wachstumsanreize setzt, welches aber auch die Einkommensstärke der Einwohner an ihrem Wohnort berücksichtigt.

Investitionen in wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und eine gute Infrastrukturausstattung müssen daher in den Ländern und Regionen durch entsprechend zuzuordnende Steuereinnahmen getragen werden können.

Gleichzeitig muss die notwendige Finanzierung der Infrastruktur auch in Auspendlerregionen ausreichend Berücksichtigung finden.

Dazu ist es für uns unabdingbar, dass zukünftig die Zerlegung der Lohn- und Einkommensteuer nicht ausschließlich am Wohnort, sondern auch vom Ort der Wertschöpfung bestimmt wird.

Wir wollen die steuerliche Eigenverantwortung und Autonomie der Bundesländer stärken. Ein für uns wichtiger und folgerichtiger Ansatz ist daher die Ermöglichung eigener Hebesatzrechte der einzelnen Bundesländer bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Nur dann liegt die Verantwortung über die Höhe der Ausgaben und Einnahmen auf einer Ebene, die dem Wähler im Land Rechenschaft abzulegen hat.

Der Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder sollte von der horizontalen Verteilung vollständig auf eine vertikale Verteilung zwischen Bund und Ländern umgestellt werden, um auch eine klare Trennung von Wachstumsanreizen und Ausgleichsfunktionen zu erreichen.

Die Kosten für bundesweit bedeutende Infrastruktur – z.B. die Kosten für den Ausbau und Unterhalt der Hafeninfrastruktur – sowie der Ausgleich regionaler Sonderlasten in Folge von Strukturschwächen müssen durch einen rein vertikalen Strukturfonds finanziert werden.

Dieser darf Ausgaben nur für solche Maßnahmen leisten, die das Potenzialwachstum einer Region in begründeter und konkreter Erwartung dauerhaft ansteigen lassen. Ein solcher von Bund und Ländern finanzierter Fonds kann das im Grundgesetz veranker-

te Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, mit fairen regionalen Wettbewerbsbedingungen verknüpfen.

Der erforderliche Umbau des föderalen Finanzsystems hin zu mehr Anreiz- und Leistungsorientierung erfordert zwingend die Schaffung fairer Ausgangsbedingungen in den betroffenen Regionen.

Wir werden uns daher für eine gesamtstaatliche Lösung des Schuldenproblems der Bundesländer einsetzen, welches die Verursacher aber nicht völlig aus der Verantwortung entlässt.

Dazu sollten die bestehenden Schulden in einen gemeinsamen Fonds eingebracht werden, der vom Bund verwaltet wird. Dieser übernimmt die bestehenden Zinsverpflichtungen der Länder, diese wiederum verpflichten sich im Rahmen eines verbindlichen Abbauplans auf die Tilgung ihrer Verbindlichkeiten innerhalb eines angemessenen Zeitraums.

Abgaben- und Steuervereinfachung sowie Bürokratieabbau

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern befördert eine neue Wertedebatte. Steuerzahler, die die Hauptlast unserer Gesellschaft tragen, müssen bedeutend mehr Wertschätzung für den von ihnen geleisteten Beitrag erfahren.

Steuern setzen da an, wo die Leistungsfähigkeit des Einzelnen begründet ist. Dies darf aber nicht dazu führen, dass diese Leistungsfähigkeit durch Eingriffe in die Substanz beeinträchtigt wird.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich daher dafür ein, dass für Unternehmen und Unternehmer, für Arbeitnehmer und Privatpersonen deutliche und spürbare Entlastungen aber vor allem Bürokratieentlastungen in einem ständigen Prozess evaluiert und konsequent umgesetzt werden.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, dass

- im gesamten Steuerrecht Freigrenzen und Freibeträge regelmäßig einer automatischen Inflationsanpassung unterliegen,
- der Belegsammelwut durch realitätsnahe Pauschalierungen entgegengewirkt wird,
- Steuertarife der Inflation anzupassen sind, um Realeinkommensverluste zu vermeiden,
- Bagatellsteuern abgeschafft oder aufkommensneutral durch praktikable Besteuerungsformen ersetzt werden,
- von Finanzbehörden mehr Verbindlichkeit und Rechtssicherheit ausgeht,
- die Verwendung von Steuergeldern transparenter und nachvollziehbarer aufgezeigt wird,

- den Kommunen und den Ländern ein höherer Gestaltungsspielraum und eine höhere Autonomie eingeräumt wird

im Bereich der Unternehmenssteuern:

- die konjunkturanfällige Gewerbesteuer aufkommensneutral mittelfristig durch ein Hebesatzrecht der Gemeinden auf Ertragsteuern aus allen Einkunftsarten ersetzt wird,
- die reflexartige Hebesatzerhöhung von Gemeinden bei der Konsolidierung ihrer Haushalte vermieden wird, indem echte Konnexität konsequent gewährleistet wird,
- die ertragsunabhängigen Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer abgebaut werden, weil sie dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit widersprechen,
- jede Form von Substanzbesteuerung vermieden wird, um die Quellen der Einkünfte zu fördern und nicht zu beeinträchtigen,
- Unternehmensübergaben und – nachfolgen grundsätzlich steuerneutral vollzogen werden können,
- Verluste uneingeschränkt geltend gemacht werden können, wenn sie wirtschaftlich getragen werden,
- eine konsequentere Strategie gegen wettbewerbsbeeinträchtigende internationale Steuergestaltungen und gegen Wettbewerb durch Steuerhinterziehung verfolgt wird,
- die Umsatzsteuer durch weniger Befreiungen und Ermäßigungen vereinfacht und der Steuersatz vereinheitlicht wird,
- die Anwendung der umsatzsteuerlichen Ist-Besteuerung ausgeweitet wird,
- eine rechtsformneutrale Unternehmenssteuer, die auch Wechsel vom Regime der Körperschaftsteuer zur transparenten Besteuerung von Personengesellschaften und umgekehrt zulässt
- Fremdfinanzierungen und Eigenfinanzierungen steuerlich adäquat behandelt werden, um höhere Anreize für Gewinnthesaurierungen und Rücklagen zur Sicherung vor Krisensituationen zu schaffen

Konzept gegen Steuerverschwendung und für Transparenz

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle und Kontrollierbarkeit von Großinvestitionen, Förderungen, Bürgschaften und Beteiligungen zu ergreifen.

Bei Großprojekten und der Verwendung von öffentlichen Geldern im Rahmen von Förderungen, Bürgschaften sowie wirtschaftlichen Beteiligungen muss die Landesregierung mehr Kontrolle und Transparenz sicherstellen.

Die FDP Mecklenburg Vorpommern verlangt in jedem Fall eine konsequente Aufklärung und Verfolgung von Pflichtverletzungen in der politischen und verwaltungsin-
ternen Amtsausübung.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern fordert die Einsetzung eines Wirtschaftsbeirates, der direkt aus der Wirtschaft gewonnen wird und nur dem Landtag gegenüber verant-
wortlich ist.

Zudem fordert die FDP Mecklenburg-Vorpommern eine konsequente Umsetzung des Public Corporate Governance Kodex, der eine effektivere Kontrolle öffentlicher Un-
ternehmen verlangt. Machtbündelungen bei Beteiligungen der öffentlichen Hand sind
konsequent zu beseitigen.

Aufsichtsräte sind konsequent mit Fachleuten zu besetzen und nicht mit Politikern o-
der nach Parteibuch rekrutierten Verwaltungsspitzen, da sie nicht unabhängig agieren
können.

Das Vieraugenprinzip ist ausnahmslos in allen aus öffentlichen Geldern finanzierten
Projekten Grundvoraussetzung.

Für die Freien Demokraten ist es Selbstverständlichkeit, dass sich Politiker gesetzes-
treu an die Regeln halten ohne Tarnen, Tricksen und Täuschen, wenn es um Steuer-
gelder geht.

Über falsche politische Entscheidungen soll weiterhin letztlich der Wähler abstimmen
und kein Strafrichter. Aber dies erfordert ein Höchstmaß an Transparenz und Rechen-
schaft, welches die Freien Demokraten einfordern.

Die Sicherungsmechanismen sollen nicht zur Fessel für politische oder verwaltungs-
seitige Entscheidungsträger werden und nicht zur Lähmung in Entscheidungsprozes-
sen führen. Politisches Ermessen muss straffrei bleiben.

Es muss jedoch unaufgefordert und von Anfang an Klarheit darüber bestehen, dass
Amtsbefugnisse eingehalten werden, dass der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und
Sparsamkeit beachtet wird, dass anvertrautes öffentliches Vermögen nicht pflichtwid-
rig gefährdet wird und dass das Parlament in alle Prozesse Einblick hat, die aus öf-
fentlichen Mitteln finanziert werden.

Realistische Energiepolitik statt Illusion „Windscheichtum MV“

Wir Freien Demokraten fordern die Landesregierung auf, die illusionäre energiepolitische
Konzeption für Mecklenburg-Vorpommern (Feb 2015) aufzugeben. Die Landesregierung soll
stattdessen eine realistische, technologieneutrale und innovative Energiepolitik betreiben, die
eine umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung zum Wohle aller
Bürger und Unternehmen unseres Landes sichert.

Warum wenden wir uns gegen die Energiepolitik der Landesregierung?

- Die Energiepolitische Konzeption der Landesregierung bietet keine Antwort auf die Frage, wer den unzuverlässig und stoßweise anfallenden Wind- und Solar-Strom aus MV in einem künftig nicht mehr subventionierten Strommarkt eigentlich kaufen will und setzt faktisch einen langfristigen Weiterbestand von Einspeisevorrang und Subventionen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) voraus. Sie bietet somit keine realistische Geschäftsgrundlage für Raumordnung, Investoren und Wirtschaft und darf daher auch nicht Nachweis „öffentlichen Interesses“ für die faktische Umwandlung weiter Landstriche in Wind- und Solar-Industriegebiete sein.
- Die Konzeption, gedacht als Gesamtkonzeption für eine integrierte Energie- und Klimaschutzpolitik der Landesregierung, ist auch aus „Klimaschutzgründen“ nicht stichhaltig: MV emittiert weniger als 0,6 Promille des Weltausstoßes an CO₂ und im Jahr weniger als China allein an einem Tag. Ein Beitrag zum „Klimaschutz“ aus MV ist also im Weltmaßstab nicht spürbar, selbst bei großen und teuren Anstrengungen. Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen verbrauchen viel Raum bei vergleichsweise geringer Stromproduktion pro Quadratmeter Wind- oder Solarparkfläche. Wir Freien Demokraten wenden uns daher gegen einen Raubbau an Landesflächen im Namen zweifelhafter Ziele.
- Die Pläne der Landesregierung lassen sich nur dann realisieren, wenn allein in MV kurzfristig für nahezu 1 Mrd. Euro fast 1000 km an Hoch- und Höchstspannungsleitungen und viele Verzweigungen gebaut würden, die umstrittenen Stromtrassen in den Süden kämen noch hinzu. Es ist völlig unklar, wie der Leitungsbau in MV ausgeführt, finanziert und amortisiert werden soll. Deshalb ist die Konzeption der Landesregierung ein ungedeckter Scheck auf Risiko unserer Wirtschaft und der privaten Haushalte.
- Wir Freien Demokraten begrüßen die positive Entwicklung der Windkraftbranche in MV. Viele Unternehmen exportieren bereits den größten Teil ihrer Produkte und Leistungen. Für die Wirtschaftsförderung ist es nicht notwendig, unser Land zu einem riesigen Windpark zu machen und die meisten in MV gebauten Windräder auch innerhalb der Landesgrenzen aufzustellen. Wir Freien Demokraten halten es für fahrlässig, dass die Landesregierung mit ihrem unrealistischen Energiekonzept Erwartungen in der Branche weckt, die sie gar nicht einlösen kann. Sie schließt damit nahtlos an die skandalöse Irreführung der mittelständischen Zulieferer und der Beschäftigten in der P+S Werften Krise an.

Die Folgen der unrealistische Energie- und Klimaschutzpolitik der Landesregierung schaffen immer mehr Unfrieden im ländlichen Raum. Diese Politik darf nicht zur Folge haben, dass über Interessen von Bürgern, Kommunen und anderen Wirtschaftszweigen (z.B. Tourismus) hinweggegangen wird, um letztlich unwirtschaftliche und sinnlose Ziele zu erreichen, um eine Vorreiterrolle einzunehmen, auf die in der Welt niemand wartet oder um eine bestimmte Branche zu fördern. Einsprüche von Gemeinden und betroffenen Bürgern müssen ein stärkeres Gewicht haben. Die FDP steht an der Seite der betroffenen Bürger, Unternehmen und deren demokratischen Initiativen.

Wir Freien Demokraten setzen uns für Ressourcenschonung und eine Diversifizierung der Energieversorgung ein, bei der die erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen aber, dass jeder Stromproduzent sein Angebot eigenverantwortlich auf einem freien Strommarkt absetzen und jeder Stromlieferant sein Angebot auch bei Flaute und Dunkelheit garantieren muss. In MV dürfte heute eigentlich kein neues Windrad mehr gebaut werden, das keine Speichermöglichkeit oder Absicherung durch Reservekapazitäten nachweisen kann.

Satzungsreform der FDP Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Gestaltung und Durchführung von Landesparteitagen und Landesvertreterversammlungen

Die Landessatzung der FDP Mecklenburg-Vorpommern wird wie folgt geändert:

- § 13 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Jedes Mitglied der Partei hat grundsätzlich Rede- und Antragsrecht auf dem Landesparteitag, wenn es seinen Pflichten gemäß § 10 der Beitragsordnung nachgekommen ist. Stichtag der Prüfung ist der 31.12. des Vorjahres.“
- § 13 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt ersetzt:
„Der Landesparteitag besteht aus Delegierten. Deren Anzahl sind fünfzehn Prozent der Anzahl der Mitglieder des Landesverbandes zum 1. Januar des Jahres der Delegiertenwahlen. Es wird auf ganze Delegierte abgerundet.“
- § 13 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:
„Davon werden fünfzig Prozent im Verhältnis der Mitgliederzahl bei der Vergabe eines Grundmandats pro Kreisverband, wobei die Zahl der Mitglieder maßgebend ist, für die der Kreisverband bis einschließlich im letzten Kalenderjahr vor dem Landesparteitag Beitragsanteile gemäß § 10 der Beitragsordnung abgeführt hat, und fünfzig Prozent im Verhältnis bei den letzten Landtags- und Bundestagswahlen in den Kreisen erzielten absoluten Wählerstimmen (Zweitstimmen) aufgeschlüsselt.“
- § 14 Absatz 4 wird geändert in:
„Die Aufgaben der Delegierten sind insbesondere:
 - a) Die Wahl des Parteitagspräsidiums
die Beschlussfassung über
 - b) den Bericht des Wahlprüfungsausschusses gemäß § 14 Abs. 1,
 - c) den Bericht des Landesvorstandes,
 - d) den Rechnungsprüfungsbericht,
 - e) einen Antrag auf Entlastung des Landesvorstandes,
 - f) die Wahl des Landesvorstandes,
 - g) die Wahl von zwei Rechnungsprüfern und zwei Stellvertretern. Die Rechnungsprüfer und ihre Stellvertreter dürfen dem Landesvorstand nicht angehören,

- h) die Wahl des Landesschiedsgerichts,
 - i) die Wahl der Delegierten und ihrer Stellvertreter zum Bundesparteitag,
 - j) Abwahl von Vorstandsmitgliedern mit einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen, mindestens aber der Mehrheit der zum Landesparteitag stimmberechtigten Delegierten,
 - k) die Beschlussfassung nach Landtagswahlen über Regierungs- und Koalitionsbildung,
 - l) die Verleihung des Ehrenvorsitzes.“
- § 14 Absatz 7 Satz 1 wird wie folgt neu formuliert:
„Der Landesparteitag beschließt mit einer Mehrheit von dreiviertel der zum Landesparteitag stimmberechtigten Delegierten über die Auflösung eines Kreisverbandes, nachdem der entsprechende Antrag mindestens sechs Wochen vorher den Kreisverbänden mit eingehender Begründung bekannt gemacht worden ist.“
 - § 14 wird um einen Absatz 8 mit folgendem Wortlaut ergänzt:
„Die Organisation des Landesparteitags erfolgt auf der Basis der Delegiertenanzahl. Die Geschäftsstelle kann auf Grundlage eigener Erfahrungen und Prognosen abweichen.“
 - § 15 Absatz 2 wird geändert in:
„Jedes Mitglied der Partei hat grundsätzlich ein Rederecht auf der Landesvertreterversammlung, wenn es seinen Beitragspflichten gemäß § 10 der Beitragsordnung nachgekommen ist.
Für die Einberufung, Stimmrecht und die Durchführung der Landesvertreterversammlung gelten vorbehaltlich der Bestimmungen der Wahlgesetze die Bestimmungen für die Delegierten zum Landesparteitag entsprechend.“